

Grußwort Parteitag Die LINKE, 16.11.2013, Leipzig

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Delegierte, liebe Gäste,

ich freue mich, die herzlichen Grüße des DGB-Bezirksvorstandes Sachsen zu überbringen.

Zu den Themen des heutigen Parteitages und zu vielen aktuellen Themen nach der Bundestagswahl ließe sich ganz viel sagen. Da ich gebeten wurde, nur 5 Minuten zu sprechen, will ich mich auf das Thema Europa beschränken. Dies mache ich gerne, weil ich neben dem Amt beim DGB auch der Vizepräsident des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe/Neiße, unseres Zusammenschlusses mit den polnischen und tschechischen Gewerkschaften bin.

In unserer Praxis erleben wir oft, dass Arbeitnehmer, die aus Polen und Tschechien sind, schlechter bezahlt werden als die deutschen.

Die Belegschaften werden zunehmend in Teilbelegschaften gespalten. Da ist die Stammbesellschaft mit Tariflohn, da sind mobile Arbeitnehmer über eine Leiharbeitsfirma, da sind Kollegen von anderen Firmen mit Werkverträgen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit wird eher damit übersetzt, dass die Arbeitgeber frei sind, alles mit ihren Beschäftigten zu machen. Ob es um die Zahlung des Mindestlohnes geht oder die Einhaltung von Arbeitsgesetzen – mobilen Arbeitnehmern werden oft grundlegende Rechte vorenthalten.

Die letzten drei Jahre unserer Zusammenarbeit im Gewerkschaftsrat wurden davon bestimmt.

Mit dem 1. Mai 2011 hat die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit so begonnen, wie wir das vorhergesehen haben: es passierte erst mal gar nichts. Langsam und immer stärker erleben wir aber jetzt die Folgen.

Leiharbeitsagenturen aus Deutschland und ihre Partner vor Ort grasen den Arbeitsmarkt nach ausgebildeten und deutschsprechenden Fachleuten ab. Fachkräftebedarfe in Polen und Tschechien werden mit Slowaken, Ukrainern und anderen

gedeckt. Ein europäisches Karussell, bei dem jeder schaut, wie es für ihn am kostengünstigsten wird.

Die Opfer sind die mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu schlechten Bedingungen und rechtlos arbeiten müssen. Wir haben es bei den tschechischen Zimmermädchen in den Dresdner Hotels erlebt, denen der deutsche Mindestlohn vorenthalten wurde. Die Klagen ziehen sich hin, einige Hotels haben neue Firmen mit der Reinigung beauftragt. Aus dem Traum von der guten Arbeit in Deutschland wurde für viele ein Alptraum.

Mit Hilfe der Betriebsräte gelang es uns, in einem Unternehmen illegale Leiharbeit zu beseitigen. Kurze Zeit später gab es einen Werkvertrag. Als der Werkvertrag verhindert wurde, hörten wir aus Tschechien, dass dort bereits an einer neuen Werkhalle gearbeitet wird, um möglicherweise die ganze Produktion zu verlagern.

Hauptsache billig – das scheint das Motto vieler Arbeitgeber zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Polen, Tschechien und Deutschland belasten oft die gleichen Probleme, die nur anders heißen.

Prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge, befristete Verträge, Mini- und Midi-Jobs – in Deutschland ist in den letzten Jahren eine regelrechte Industrie entstanden, mit denen Menschen zu miesen Bedingungen beschäftigt werden. Jeder zweite junge Mensch in Deutschland erhält heute nur noch einen befristeten Vertrag.

In Polen heißen solche miesen Arbeitsverträge „Müllverträge“. Junge Menschen bekommen fast nur noch solche schlechte, unsichere Jobs.

Auch in Tschechien wurde der Arbeitsmarkt umgebaut und die Arbeitsverwaltung drastisch verändert.

In allen Ländern wurde das Rentenalter auf 67 Jahre hoch gesetzt, obwohl von denen, die wirklich arbeiten, kaum jemand weiß, wie er die Rente erreichen soll.

Die Auswirkungen einer Sozialpolitik, die nicht mehr auf die Notwendigkeiten der Menschen achtet, sondern nur noch auf Kosten und Märkte, verspüren wir alle.

Die Kenntnis der konkreten Bedingungen der Grenzregion ist das Ergebnis unserer zwanzigjährigen Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Dreiländereck.

Aus Erfahrung kann ich sagen, diese Zusammenarbeit ist mühsam. Erfolge stellen sich nicht gleich ein. Es muss Vertrauen zwischen den Partnern aufgebaut werden. Conny Ernst, Heiko Kosel und viele andere, die sich bei euch in der Partei mit dem Thema beschäftigen, werden das bestätigen.

Umso mehr ärgert mich, wie lustlos und nachlässig die Staatsregierung mit der Zusammenarbeit in der Grenzregion umgeht. Zuständigkeiten werden zwischen den Ministerien hin und her geschoben. Die Staatskanzlei ist froh, dass sie zwei Büros in Prag und Wroclaw hat.

Immer noch dominiert das Denken, man müsse nur etwas bauen, dann funktioniert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Da werden beispielsweise Brücken über die Neiße geplant, bei denen es keine Anschlüsse gibt. Görlitz wünscht sich auch so eine, aber schafft es nicht mal, sich mehr als einmal jährlich mit den Stadträten von Zgorzelec zu treffen.

Grenzüberschreitende Politik muss stärker von den Menschen gedacht werden. Begegnungen und Kennenlernen sollte gefördert werden, damit die Zusammenarbeit intensiviert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss noch ein Wort zur europäischen Politik.

Mit großer Sorge sehen wir die gegenwärtige Politik der EU. Die Sparpolitik verschärft die wirtschaftliche Lage in den südlichen EU-Ländern.

Die deutsche Exportstärke und die deutsche Niedriglohnpolitik haben zu den Ungleichgewichten innerhalb des Euro-Raumes geführt.

Als Gewerkschaften sehen wir sehr genau, was die EU den Krisenländern vorschreibt. Alles was der Binnenmarktfreiheit im Weg steht, muss dereguliert werden:

Tarifverträge, Gewerkschaftsrechte, soziale Grundrechte, Kontrollen zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte. Das sind alles Hindernisse.

Auch beim Thema Mobilität und Arbeitnehmerrechte müssen wir ganz genau hinsehen.

Um welche Mobilität geht es da? Ist sie freiwillig? Ist sie fair?

In Deutschland will man derzeit vor allem junge gut ausgebildete Menschen aus Spanien und Griechenland anlocken oder ihnen hier eine Ausbildung ermöglichen. Schön, wenn sie nach Sachsen kommen wollen.

Wir sind aber dagegen, dass junge Leute in schlechte Arbeit ohne Perspektive gelockt werden.

Ich denke da zum Beispiel an die spanischen Leiharbeiter bei Amazon oder an spanische Arbeitnehmer, die nach Thüringen zur Ausbildung kommen sollten und vor dem Nichts standen.

Europa ist an einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung. Gegenwärtig erleben wir, wie Milliarden Euro in die Rettung von Banken und die Beruhigung der Märkte gepumpt werden. Dabei haben die Menschen mit Arbeitslosigkeit, schlechter Ausbildung und miesen Jobs zu kämpfen.

Wenn Europa genau so viel Aufmerksamkeit in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit investieren würde, wie in die Bankenrettung, dann wäre mir um die Zukunft Europas nicht bange.

Das Geld zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist nur ein winziger Bruchteil der Bankenpakete. Die Gipfel der europäischen Regierungs-Chefs sind wahrscheinlich teurer, als die gesamten Ausgaben für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Europa muss anders werden – Europa muss durch eine soziale und demokratische Idee begeistern. Dafür wollen wir als Gewerkschaften bei den kommenden Europawahlen 2014 werben.